Zu den Änderungen in der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch:

Präambel

Die Präambel wurde an die geltende Rechtslage angepasst.

§ 1 Begriffsbestimmungen

Der Begriff der „Fahrbahnen“ wurde gemäß der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW ergänzt.

Als „Fahrbahn“ wird der Teil der Straße verstanden, welcher für den Fahrzeugverkehr bestimmt ist. Die „Straße“ wird verkehrsrechtlich hingegen als Überbegriff verstanden und definiert eine für den Fußgänger- oder Fahrzeugverkehr bestimmte Landfläche samt den in ihrem Zuge befindlichen und diesem Verkehr dienenden baulichen Anlagen.

§ 3 Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen

Streichung des alten Abs. 3

Die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW sieht einen Bezug zu § 32 StVO „Verkehrshindernisse“ nicht mehr vor. Die Regelungen des § 3 der Verordnung sind eindeutig und machen damit den bisherigen Abs. 3 obsolet.

Hinzufügen eines neuen Abs.3

Durch die Verankerung der Möglichkeit einer individuellen Beschilderung einzelner Verkehrsflächen und Anlagen in der Ordnungsbehördlichen Verordnung entfalten die damit dargestellten Ver- oder Gebote Regelungscharakter (als Allgemeinverfügung), welche bei Nichtbeachtung sanktioniert werden können.

So kann zukünftig auftretenden Phänomenen auf öffentlichen Plätzen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Meerbusch gefährden, schnell und zielgerichtet entgegengewirkt werden.

§ 5 Verunreinigungsverbot

Der Abs. 1 Nr. 5 wurde hinsichtlich der Fahrzeugwäsche konkretisiert.

Fahrzeugreinigungen, bei denen Öl oder ähnliche gefährliche Stoffe ins öffentliche Kanalnetz oder ins Grundwasser gelangen können, sind verboten. Damit sind zukünftig auch Fahrzeugreinigungen auf Privatgrundstücken, welche nicht über einen Ölabscheider verfügen, untersagt. Bisher war nur die grundsätzliche Fahrzeugreinigung auf öffentlichen Flächen untersagt.

Bei dieser Regelung steht der Umweltschutz vor dem individuellen Bedürfnis des Einzelnen, denn: Ölrückstände und andere die Umwelt belastende Stoffe können schon vom Fahrzeug gelöst werden, wenn man das Fahrzeug einfach nur mit klarem Wasser abspritzt. Noch gefährlicher für Umwelt und Grundwasser wird es, wenn aggressive chemische Reinigungsmittel zum Einsatz kommen.

§ 6 Abfallbehälter / Sammelbehälter

Gemäß der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW wurde der Begriff der „öffentlichen Ordnung“ in „öffentliche Sicherheit“ geändert.

Die öffentliche Sicherheit umfasst den Schutz der Unverletzlichkeit der objektiven Rechtsordnung, den Schutz der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen sowie den Schutz des Bestandes des Staates und sonstiger Träger der öffentlichen Gewalt, ihrer Einrichtungen und Veranstaltungen. Hingegen meint die öffentliche Ordnung die Gesamtheit der ungeschriebenen Regeln, deren Befolgung nach den jeweils herrschenden sozialen und ethischen Anschauungen als unerlässliche Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben innerhalb eines bestimmten Gebietes angesehen wird.

Die aktualisierte Formulierung des § 6 Abs. 4 der Ordnungsbehördlichen Verordnung ist erforderlich, da hier die gesetzlichen Normen für das Bereitstellen der Abfallbehälter (bspw. Landeskreislaufwirtschaftsgesetz, Straßenverkehrsordnung, etc.) maßgeblich sind.

§ 8 Kinderspielplätze

Der alte Abs. 2 des § 8 wird zum Abs. 3

Streichung des alten Abs. 3 und inhaltliche Neuauflage unter Abs.2

Die alte Regelung, dass Kinderspielplätze tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit nutzbar sind, erfasst nicht die einzelnen Jahreszeiten. Daraus resultierend ist, theoretisch, eine Nutzung der Spielplätze in den Sommermonaten z.T. bis in die Nachtstunden möglich. Zwar zeigen die Beschilderungen vor Ort bereits die korrekten Nutzungszeiten an (in der Regel bis 20:00 Uhr), jedoch erfahren diese erst jetzt im neu aufgesetzten Absatz 2 eine rechtliche Würdigung.

Für den Fall, dass die Beschilderung vor Ort keine zeitliche Regelung enthalten, ist der Aufenthalt auf Kinderspielplätzen nur tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit zulässig

Hierdurch wird zum einen das berechtigte Interesse nach Freizeitbeschäftigung der Kinder sowie deren Erziehungsberechtigten gewahrt, zum anderen wird das Recht der unmittelbaren Anwohner nach Immissionsenkung in den Abendstunden geschützt und verdeutlicht.

inhaltliche Änderung des Abs. 4

Ergänzung um das Genussverbot von Tabakwaren auf Spielplätzen, obwohl es seine rechtliche Grundlage bereits in § 3 Abs. 1 i.V.m. § 2 Nr. 3b des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nichtraucherschutzgesetz NRW - NiSchG NRW) vom 20.12.2007 in der z.Zt. geltenden Fassung findet.

Streichung des Mitführverbotes von Tieren auf Spielplätzen, da dies bereits im § 12 unter Abs. 2 normiert ist.

§ 9 Drachen und Windvögel

Im Hinblick auf die Errichtung des Konverters in Osterath und weiteren Hochspannungsleitungen ist eine Regelung zum Auflassen von Drachen und Windvögeln auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch notwendig. Durch die Einführung dieser Regelung soll Unfällen durch unsachgemäße Handhabung in Verbindung mit der Örtlichkeit des Auflassens vorgebeugt werden.

Der alte § 9 wird zur § 10

Der alte § 10 wird zu § 11

§ 11 Rattenbekämpfung

Redaktionelle Änderung in Abs. 1

Ergänzung des Begriffes „öffentlichen“

Streichung der alten Abs. 2 bis 4 und Hinzufügen eines neuen Abs. 2

Gemäß der alten Fassung oblag die Rattenbekämpfung sowohl auf privatem Grund als auch auf öffentlichem Grund der Stadt Meerbusch. Durch die Konkretisierung in Abs. 1 sowie dem neuen Abs. 2 wird die Rattenbekämpfung auf Privatgrundstücken in die Hände der Eigentümer gelegt.

Aufgrund vorangegangener Änderungen sind der alte Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 4 hinfällig und können ersatzlos gestrichen werden.

Durch die Änderung wird weiterhin die unsachgemäße Rattenbekämpfung mit Giftstoffen auf öffentlichen Flächen, welche eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, verboten und zeitgleich der finanzielle und personelle Aufwand der Stadtverwaltung im Sinne des Zeitgeistes reduziert.

Hintergrund für die Änderung ist, dass sich in den vergangenen Jahren trotz regelmäßiger Bekämpfungsmaßnahmen durch ein von der Verwaltung beauftragtes Schädlingsbekämpfungsunternehmen und der damit verbundenen erheblichen finanziellen Aufwendungen die Anzahl der Rattenmeldungen zu keinem Zeitpunkt positiv verändert hat. Die Zahl der jährlich Rattenbefallmeldungen unterlag zwar Schwankungen, wies aber letztlich eine stetig steigende Tendenz auf. Der Spitzenwert wurde im Jahr 2020 mit 556 Rattenbefallmeldungen erreicht. Hierbei ist jedoch auch darauf hinzuweisen, dass es sich um die Zeit der Corona-Pandemie handelte, während der sich viele Einwohner auch durch die Home-Office-Regelungen vieler Arbeitgeber vermehrt zu Hause aufgehalten haben und es schon dadurch zu einer Zunahme der Rattenbefallmeldungen gekommen sein wird.

Diese Entwicklung wurde zum Anlass genommen, um das weitere Vorgehen mit Vertretern des Gesundheitsamtes des Rhein-Kreises Neuss zu erörtern. Hierbei wurde deutlich, dass mit der bisherigen Vorgehensweise, auf nahezu jede Rattenbefallmeldung mit einem Auftrag an das Schädlingsbekämpfungsunternehmen zu reagieren, das eigentliche Ziel, ein nahezu rattenfreies Stadtgebiet, nicht annähernd erreicht wurde.

Das Veterinäramt hat in diesem Zusammenhang auch auf die gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045) in der z.Zt. geltenden Fassung hingewiesen.

Nach § 17 Abs. 2 IfSG hat, wenn Gesundheitsschädlinge festgestellt werden **und die Gefahr begründet ist** das durch sie Krankheitserreger verbreitet werden, die zuständige Behörde (hier die örtliche Ordnungsbehörde) erforderlichen Maßnahmen zur ihrer Bekämpfung anzuordnen. Die Bekämpfung umfasst Maßnahmen gegen das Auftreten, die Vermehrung und Verbreitung sowie zur Vernichtung von Gesundheitsschädlingen.

Nach wie vor liegen jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, dass die v.g. Gefahr der Verbreitung von Krankheitserregern durch Ratten gegeben ist.

Auch aus der Verpflichtung zum sorgsamem und sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln wurde daher das Verfahren bei der Rattenbekämpfung umgestellt.

Rattenbefallmeldungen aus der Bevölkerung werden zunächst aufgenommen, um ggf. übergroße Populationen identifizieren zu können.

Sollten bei Überprüfungen vor Ort festgestellt werden, dass die auf privaten Grundstücken vorgefundenen Zustände einem Rattenbefall zuträglich sind, wie z.B. verwilderte Grundstücke, Tierhaltung im Freien (z.B. Hühnerhaltung), unsachgemäß gelagerte Gegenstände oder Müll etc., erfolgen entsprechende Hinweise an Grundstückseigentümer, damit solche nicht natürlichen Rückzugsräume und Nahrungsquellen beseitigt werden. Stammt der Rattenbefall demnach von einem privaten Grundstück, ist es zunächst auch Aufgabe des Grundstückseigentümers, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Die Rattenbekämpfung an zentralen öffentlichen Plätzen und ggf. Containerstandorten wird weiterhin von der Verwaltung veranlasst. Ggf. werden dann auch umfangreichere Bekämpfungsmaßnahmen zunächst mit dem Veterinäramt des Rhein-Kreises Neuss abgestimmt.

Das Verfahren wurde zunächst versuchsweise mit Beginn des Jahres 2023 umgestellt. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Anzahl der Bekämpfungsaufträge drastisch reduziert und somit erhebliche Mittel eingespart werden konnten, ohne dass eine Zunahme der Rattenpopulation zu verzeichnen war.

Der alte § 11 wird zu § 12

§ 12 Tiere

In Abs. 3 wird die Ergänzung „Dies gilt nicht für Wirtschaftswege“ gestrichen.

Im Sinne der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW ist eine Beseitigung von Verunreinigungen, welche durch mitgeführte Tiere verursacht wurde, zukünftig auch auf Wirtschaftswegen zu beseitigen.

Es ist nicht mehr zeitgemäß auf Wirtschaftswegen, welche überwiegend auch Wege für die Allgemeinheit sind und z.T. an Felder grenzen die der Lebensmittelproduktion dienen, Verunreinigungen der Tiere zurückzulassen. Jedem Tierhalter, mit Ausnahme der in Abs. 6 genannten, ist es somit zuzumuten, die Verunreinigung seines mitgeführten Tieres dort eigenständig zu beseitigen.

Studien bestätigen zudem den negativen Einfluss von Hundekot auf Flora und Fauna, da dieser reich an Stickstoff und Phosphorverbindungen ist. Daraus resultierend reichert sich der Boden mit diesen Stoffen an. Seltene Pflanzenarten werden dadurch verdrängt und werden durch andere, wie bspw. die Brennessel, ersetzt.

Hinzufügen einer neuen Normierung unter Abs. 4

Um zuvor genannten Verunreinigungen zusätzlich vorzubeugen, sollen Hundeführer /-halter verpflichtet werden, so genannte „Hundekotbeutel“ oder ähnliche geeignete Mittel mitzuführen. Auf Verlangen ist den Ordnungskräften bei einer Kontrolle der Hundekotbeutel vorzuzeigen. Zuwiderhandlungen können im Rahmen eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens geahndet werden.

Ziel ist es die Sauberkeit der städtischen Fläche zu erhalten und an anderen Orten deutlich zu verbessern. Ein Hundebesitzer, welcher solch einen Beutel nicht mit sich führt, kann im Umkehrschluss

auch nicht die Ausscheidungen seines Hundes entfernen. Durch die Regelung soll das Bewusstsein für die Pflichten eines jeden Hundehalters geschärft und daraus resultierend auch die Lebensqualität aller Bürger der Stadt Meerbusch verbessert werden.

Der alte § 12 wird zu § 13

Der alte § 13 wird zu § 14

§ 14 Gefahrenstellen im Verkehrsraum

Durch Ergänzung des Abs. 4 sollen die Bürger dazu verpflichtet werden, Gegenstände, von denen für andere Verkehrsteilnehmer und deren Eigentum eine Gefahr ausgehen kann, vollumfänglich zu sichern. (Bspw. Blumenkästen auf einem Fenstersims oder Schneelasten auf Dächern)

§ 15 Eisflächen

Durch die Aufnahme dieser Regelung wird das Betreten von Eisflächen untersagt. Nur eine explizite Erlaubnis durch die Ordnungsbehörde hebt dieses Verbot an bestimmten Stellen durch Beschilderung auf.

Hierdurch wird vor allen Dingen die Haftungsfrage bei Unfällen für die Stadt geklärt und ein individueller Hinweis an jeder Örtlichkeit ist nicht mehr erforderlich.

Der alte § 14 wird zu § 16

Der alte § 15 wird zu § 17

Der alte § 16 wird zu § 18

§18 Ordnungswidrigkeiten

Der §18 definiert Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften aus der Verordnung als Ordnungswidrigkeit. Für eine Ahndung bzw. Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahren werden dementsprechend Absätze und Verweise angepasst.

Der alte § 17 wird zu § 19